

Politik an der Universität

Oder: Wissenschaft und Demokratie / Eine Abschiedsvorlesung in der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt / Von Egon Becker

In den Hochzeiten des Studentenprotests und der Hochschulreformen nach 1968 engagierte sich der Wissenschaftler Egon Becker in der legendären Bundesassistentenkonferenz (BAK), in diversen Gremien der Frankfurter Universität und in der Reform der Lehrerausbildung. Der gelernte Elektriker studierte Mathematik, Physik und Soziologie und ist seit 1972 Professor in Frankfurt. Seine Forschungsgebiete sind Soziale Ökologie, Wissenschaftstheorie und Hochschulsoziologie. Jetzt hielt Becker seine Abschiedsvorlesung zu dem Thema, das ihn seit Jahrzehnten umtreibt: Politik an der Universität.

Eine persönliche Bemerkung vorweg, denn ein Abschied ist immer etwas recht Persönliches. Wie kann man darüber sprechen, ohne durch das Vermischen von Privatem und Öffentlichem eine Serie von Peinlichkeiten zu erzeugen? Darauf habe ich leider keine gute Antwort gefunden. Über dreißig Jahre an der Frankfurter Universität - das liefert Stoff für viele Geschichten, schöne und unangenehme, auch solche zu dem Thema "Politik an der Universität". Doch ich möchte heute keine Geschichten erzählen, sondern lediglich eine These zur Diskussion stellen. Vielleicht lassen sich dadurch die Peinlichkeiten vermeiden.

1. Eine kurze These und viele offene Fragen

In der kürzesten Formulierung, die mir eingefallen ist, besagt die These: "Politik an der Universität, das ist die Fortsetzung der Wissenschaft mit anderen Mitteln." Der Satz klingt zwar einfach, doch jedes einzelne Wort ist hochgradig erläuterungsbedürftig. Vielleicht können wir uns zunächst einmal auf die Banalität verständigen, dass in einer Universität Forschung, Lehre und Studium zusammengehörige Momente der Wissenschaft sind, und dass dieser Zusammenhang den "Kern" der Universität ausmacht. Spielen wir die These einmal durch.

Das kleine Wörtchen *ist* kennzeichnet eine empirische Behauptung. Es wird gesagt: Das ist so. Ersetzen wir dann zunächst das *ist* durch ein *soll*, formulieren die These also normativ um, dann wird daraus: "Politik an der Universität, das sollte die Fortsetzung der Wissenschaft mit anderen Mitteln sein." Um es vorweg zu sagen, ich halte die These sowohl empirisch für gut belegbar und ich möchte sie auch als Norm entschieden vertreten.

Ein Beispiel: Betrachtet man rückblickend die Hochschul-Reformkonzepte, wie sie im Umkreis der Frankfurter Kritischen Theorie entworfen wurden, dann kann man darin ohne große Mühe eine derartige Norm erkennen: Ein Wissenschaftsideal - die diskursive Verständigung - wurde mehr oder weniger bruchlos als ein politisches Ideal fortgeschrieben: diskursive Verständigung in demokratisch-partizipativen Formen. Inzwischen haben wir dreißig Jahre Erfahrung damit, wie die real existierende Wissenschaft sich als reale Politik in der Universität fortsetzte, können also die Realisierbarkeit der Norm auch empirisch beurteilen. Erhard Denninger, einer der Väter der Hessischen Reformgesetzgebung der frühen siebziger Jahre, hat kürzlich in einem Interview (siehe *FR* vom 24.1.) seine Erfahrungen resümiert: "Viele Ideale der partizipativen, demokratisch diskursiven Gesellschaft in der Universität, die wir damals hatten, sind gescheitert. Sie lassen sich kaum noch verwirklichen." Und er hat sich dann die Frage gestellt, aber nicht beantwortet, was wir im Lichte unserer Erfahrung heute noch als angemessen ansehen wollen. Ich möchte diese Frage mit meiner Ausgangsthese verkoppeln und zugleich normativ verschärfen: "Kann sich die Wissenschaft so verändern, dass eine demokratische Politik an der Universität möglich wird?"

Diese Frage weiter zu verfolgen, das ist allerdings nur dann sinnvoll, wenn zwei Behauptungen zutreffen:

Erstens: Die derzeitige Politik an der Universität ist nur in einem höchst eingeschränkten Sinne als eine "demokratische Politik" zu bezeichnen.

Zweitens: Die an unseren Universitäten derzeit betriebene Wissenschaft ist sowohl kognitiv als auch sozial zumeist so verfasst, dass sie sich nur schwer als demokratische Politik fortsetzen lässt.

Ich halte beide Behauptungen für empirisch triftig. In den kleinen Wörtchen *derzeit* und *zumeist* stecken meine Veränderungshoffnungen. Denn es gibt auch derzeit schon zahlreiche Ausnahmen: zum einen kognitive, d. h. Theorien, Methoden, Konzepte, die demokratische politische Formen implizieren; zum anderen soziale, d. h. Kommunikationsformen und Arbeitsstile, Problembezüge und praktische Orientierungen, die man für genuin demokratisch halten kann. Manchmal kommt sogar beides zusammen. Das sind aber an unseren Universitäten immer noch minoritäre Positionen. Müssen sie es bleiben?

2. Schwierigkeiten mit der Demokratie

Die Tatsache der hochgradigen fachlichen Spezialisierung, der höchst unterschiedlichen und in allen Farben des Regenbogens schillernden Wissenschaftsauffassungen und Wissenschaftskulturen sowie der vielfältigen Praxisbezüge universitärer Wissenschaft ist empirisch unbestreitbar. Dazu kommt noch, dass die auf neues Wissen konzentrierte moderne Wissenschaft eine immanente Tendenz zur Hierarchiebildung aufweist: Es kommt auf die besonderen Leistungen an, die sich zunächst an deren Originalität und Neuigkeitswert festmachen. Dadurch erzeugt die Universität in der Dimension wissenschaftlicher Leistungen auf systematische Weise Ungleichheit. Ob daraus mit Notwendigkeit soziale und politische Ungleichheiten entstehen, das ist eine andere Frage. Wer die These vom engen und unauflösbaren Zusammenhang zwischen Wissenschaft und Politik ernsthaft vertreten will, der darf nicht leugnen, dass aus der kognitiven und sozialen Heterogenität der Wissenschaft grundsätzliche Schwierigkeiten für eine demokratische Politik an der Universität resultieren. Wie können sich aus der Heterogenität auf der Seite der Politik übergreifende Muster herausbilden, die ein gemeinsames politisches Handeln in demokratischen Formen überhaupt erst ermöglichen?

In der wissenschaftlichen Literatur und im universitären Alltag zirkulieren zahlreiche Antworten auf diese Frage. Hier nur eine kleine Auswahl:

Erste Antwort: Es gäbe auf der Seite der Wissenschaft längst keine inhaltliche Einheit mehr; auf der Seite der Politik entstünden in der Universität übergreifende Muster und Ordnungsstrukturen nur dadurch, dass beispielsweise die Einheit eines professoralen Privilegienzusammenhangs verteidigt oder angegriffen wird. Im Zentrum von Politik an der Universität stünden - wie sonst in der Politik auch - konfligierende Interessen.

Zweite Antwort: Es würden trotz aller fachlichen und sozialen Heterogenität gemeinsame, die Heterogenität übergreifende, in Lebensformen inkorporierte Deutungen davon existieren, was die Universität und die Wissenschaft kennzeichnet; darauf könne in politischen Handlungskontexten immer wieder zurückgegriffen werden. Bei Politik an der Universität ginge es daher vorwiegend um die Regulation akademischer Lebensformen.

Dritte Antwort: Derzeit hört man auch, es würden sich zumindest bei einem Teil ihrer Mitglieder gemeinsame Interessen an einer nachhaltigen Fortentwicklung der Universität

herausbilden, die darauf gerichtet seien, die Universitäten im 21. Jahrhundert wieder zu intellektuellen Zentren zu machen. Kern jeder Politik an der Universität seien daher Zukunftsentwürfe.

Wie gesagt, das ist nur eine kleine Auswahl zirkulierender Behauptungen. Sie haben alle etwas für sich. Ganz unabhängig davon, für wie triftig wir sie halten, eines machen sie deutlich: Wir kommen mit der Ausgangsthese nur weiter, wenn wir die Universität genauer beschreiben und analysieren.

3. Die Universität als Ort des *Als-ob*

Doch wer immer das versucht, wird bald auf die Schwierigkeit stoßen, ein angemessenes Vokabular für eine empirisch gehaltvolle Beschreibung der Universität zu finden, in die auch politische Erfahrungen eingetragen werden können. Auffällig ist, wie stark metaphorisch die Sprache ist, mit der universitäre Selbstbeschreibungen vorgenommen werden, und wie stark dabei auf Analogien aus anderen Bereichen zurückgegriffen wird. Die Universität ist ein Ort, an dem ständig in der Form des *Als-ob* gesprochen wird: Sie wurde einmal beschrieben, *als ob* sie eine "Gelehrtenrepublik" sei, geleitet von den Humboldtschen Idealen. Sie wird heute beschrieben, *als ob* sie ein "Ausbildungs- und Forschungsbetrieb" sei, ein Betrieb, der von ökonomischen Notwendigkeiten bestimmt ist.

In den sechziger Jahren begann sich das vermutlich folgenreichste *Als-ob* durchzusetzen: die Universität als Produktionsstätte. Ich werde darauf noch etwas genauer eingehen. Umstritten blieb allerdings, was hier produziert wird und wie die Produktion organisiert sein soll: Methodisch gewonnene und geprüfte wissenschaftliche Wahrheiten, sagten die einen, verwertbares und gesellschaftlich nützliches Wissen und wissenschaftlich qualifizierte Arbeitskräfte, hörte man von anderen - und nicht zu vergessen: Ideologien, Welt- und Gesellschaftsbilder - sagten wir hier in Frankfurt.

Das alles mag zwar als eine bloß semantische Verschiebung erscheinen, sie war aber äußerst folgenreich und wirkt bis heute fort. Die Metaphern bestimmen das jeweilige Verständnis von Politik an der Universität, und sie machen es auch möglich, Wissenschaft in Politik fortzusetzen. Politik in einer Gelehrtenrepublik ist allerdings etwas ganz anderes als in einem Ausbildungsbetrieb. Ein Teil der grundsätzlichen Kontroversen über die Zukunft der Universität ist auch als Kampf um die Interpretationsmacht geführt worden - ein Kampf mit Metaphern um Metaphern - Metaphernpolitik in einer akademischen Welt des *Als-ob*. Die großen Metaphern bilden auch den Hintergrund für theoretische Konzepte zur Beschreibung und Gestaltung der Universität. Es wäre sicherlich ganz spannend, diesen Zusammenhang genauer herauszuarbeiten, das muss ich mir aber hier verkneifen.

Die Heterogenität der Deutung und des Wissens hat Folgen: Die Universität enthält in sich nicht nur eine Theorie über sich selbst, sondern ein ganzes Spektrum höchst unterschiedlicher Deutungen, welche auch das politische Handeln oder Nicht-Handeln ihrer Mitglieder prägen. Sei es, dass damit ihre politischen Absichten und Verwicklungen legitimiert werden; sei es, dass damit Abstand zur Politik, zu den Diskursen und zu den Medien geschaffen wird - und sich dadurch wiederum die eigenen Bewegungsmöglichkeiten ausdehnen. Jürgen Klüver hat deshalb die Universität einmal als ein "pathologisches System" im Sinne der Mathematik bezeichnet: Zu jeder für wahr befundenen Aussage über die Universität gibt es eine damit logisch unvereinbare, die ebenfalls für wahr befunden werden muss; zu jeder für richtig befundenen Handlung gibt es eine dazu gegenläufige, die uns ebenfalls richtig erscheint. Wie kann sich in einer solchen Situation der für politisches Handeln nötige Minimalkonsens herausbilden?

Aus den angedeuteten theoretischen Schwierigkeiten möchte ich mich dadurch herausmogeln, dass ich ganz vor-theoretisch, aber erfahrungsnäher, davon ausgehe, dass die Universität zunächst einmal ein sozialer Ort ist - oder wer es akademischer ausgedrückt haben will: ein Soziotop. Ob es in diesem Soziotop noch etwas gibt, das seine soziale Einheit stiftet, ist hochgradig umstritten.

Seit dem 19. Jahrhundert hören wir, die Einheit werde durch die Idee der Universität garantiert, und diese Idee ließe sich in den berühmten Einheitsformeln ausbuchstabieren: Einheit der Wissenschaft, Einheit von Forschung und Lehre, Einheit von Lehrenden und Lernenden, Einheit von Wissenschaft und Bildung. Doch worin sind diese Einheitsideen sozial verkörpert?

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts finden wir in vielen kulturkritischen Verlautbarungen die Vorstellung einer besonderen akademischen Lebensform, die von Auflösung bedroht sei. Sie soll von deren Angehörigen intersubjektiv geteilt, in einem besonderen Habitus verkörpert ("intellektuelle Rechtschaffenheit" und Zurückstellen der eigenen Person "hinter die Sache", verlangte Max Weber von einem ordentlichen deutschen Professor) und zugleich institutionell verankert werden. Das Projekt der Verkörperung einer idealen Lebensform heißt seit Humboldt "die Idee der Universität". Jürgen Habermas stellt dazu mit guten Gründen fest: "Organisationen verkörpern keine Ideen mehr. Wer sie auf Ideen verpflichten wollte, müsste ihren operativen Spielraum auf den vergleichsweise engen Horizont der von den Mitgliedern intersubjektiv geteilten Lebenswelt beschränken." Wenn aber in der disziplinär hochgradig differenzierten und von heterogenen Interessen geprägten Universität eine gemeinsame Lebensform nur noch als Illusion existiert, wie kann sich dann diese Universität noch als ein politisches Gemeinwesen entwerfen? Muss nicht doch - wie Habermas meint - "eine gewisse Gemeinsamkeit in den Selbstdeutungen der Universitätsangehörigen - Reste eines korporativen Bewusstseins" vorhanden sein?

4. Politisierung der Wissenschaft

Ich habe dazu eine Vermutung: Die Gemeinsamkeit könnte in der Paradoxie einer Entpolitisierung der Wissenschaft durch deren Politisierung liegen. Dies bedarf einiger Erläuterungen.

Seit den sechziger Jahren setzt sich mehr und mehr jene schon erwähnte Uminterpretation der Universität als Produktionsstätte von Wissen und Bildung durch; zunächst von Seiten der Wirtschaft und von Teilen der staatlichen Politik ganz technokratisch vorangetrieben; dann aber mehr und mehr von der studentischen Protestbewegung und der akademischen Linken kritisch aufgegriffen und radikalisiert. Wenn die Universität eine Produktionsstätte ist, dann kann sie mit anderen Produktionsstätten verglichen und mit Hilfe der Marxschen Theorie analysiert und kritisiert werden.

Politik an der Universität, das war dann Kampf um den Besitz an Produktionsmitteln, um die Veränderung der Produktionsverhältnisse und um die Verwertungsbedingungen der Produkte. Es war gewissermaßen Klassenkampf, mit dem Ziel, sämtliche Lebensbereiche demokratisch zu gestalten. Für viele war damals nicht die repräsentative parlamentarische Demokratie die politische Form einer "freien Assoziation freier Bürger", sondern eine rätestaatlich verfasste Produzentendemokratie. Und "Politisierung der Wissenschaft" bedeutete, die "Produktivkraft Wissenschaft" aus den Fesseln der bürgerlichen Produktionsverhältnisse zu befreien, um ihren gesellschaftlichen Nutzen zu steigern und für die Revolutionierung undemokratischer Lebensverhältnisse zu nutzen.

Die theoretische Übersetzung dieses Programms, das ich hier nur sträflich verkürzt wiedergebe, war ausgesprochen schwierig, hat aber eine wahre Publikationsflut ausgelöst,

die inzwischen verengt ist: Die Differenz zwischen geistiger und körperlicher Arbeit musste werttheoretisch bestimmt werden, die Rolle der wissenschaftlich-technischen Intelligenz im Klassenkampf war zu klären, die Strategien der Bildungsproduktion mussten aufgedeckt werden etc.

Und die Studenten begannen sich als Produzenten und Entdecker zu begreifen. "Nehmt euch die Freiheit der Wissenschaft, entdeckt was ihr wollt!" stand noch lange nach 1968 am Eingang der Frankfurter Uni-Tiefgarage. Irgendwann ist der Spruch übermalt worden, kaum jemand hat es noch bemerkt, und niemand hat sich darüber aufgeregt. Der "aktive Streik" der Studenten als hochschulpolitisches Kampfmittel hatte in jenem Produzentenverständnis seine politisch-theoretische Begründung gefunden. Wer produziert, der kann auch streiken.

Die studentische Protestbewegung der späten sechziger und frühen siebziger Jahre wirkte politisch und intellektuell dadurch so heftig, dass in ihr zwei bildhafte Vorstellungen in einer Figur verkoppelt wurden: "Produktionsstätte" und "Republik". Vorstellungen von Demokratie und Selbstorganisation bildeten das Verbindungsstück: Einerseits sollte in der Universität - ebenso wie im Bereich der materiellen Produktion - um demokratisch gestaltete Produktionsformen gekämpft werden. Andererseits wollten wir die "Gelehrtenrepublik" (und deren Ausgestaltung als ständisch verfasste Ordinariuniversität) durch eine Modernisierung der Humboldtschen Leitideen in eine demokratische Republik verwandeln. Dass politische Willensbildung in der Universität durch Diskurs, Partizipation und Öffentlichkeit zu Stande käme, war die idealistische Voraussetzung dieses Konzeptes. Später wurde es als Gremienverfassung mit paritätischer Vertretung der einzelnen Statusgruppen rechtlich ausgestaltet. Heute müssen wir feststellen, dass daraus keine demokratische Universität hervorgegangen ist, sondern eine komplizierte Partizipationsbürokratie.

Das Produktionsparadigma wurde in den vergangenen dreißig Jahren weiter fortgeschrieben, aber inzwischen längst nicht mehr im Kontext der Marxschen Theorie - und ohne den gesellschaftskritischen Stachel und den demokratischen Veränderungswillen. So konnte sich leicht ein flacher betriebswirtschaftlicher Jargon als neues Vokabular akademischer Selbstbeschreibung durchsetzen. Seit einigen Jahren können wir beobachten, dass die Worte, mit denen über die allgemeinen Angelegenheiten und Probleme der Universität gesprochen wird, vorwiegend der ökonomischen Sphäre entstammen.

Die Klammer zwischen Vorstellungen einer selbstverwalteten Produktionsstätte und einer demokratischen Republik ist zerbrochen. Es geht nicht mehr wie in den sechziger und frühen siebziger Jahren um Öffnung der Hochschulen, Chancengleichheit, Demokratisierung oder Partizipation, sondern um Ressourcennutzung, Budgetierung, Globalhaushalt, Wettbewerb, Leistungsfähigkeit, Profilbildung, strategische Entscheidungen, modernes Management. Und auch die studentischen Forderungen der letzten Uni-Streiks zielten im Kern auf mehr Geld für die Universität, um die Studienbedingungen verbessern zu können. Sie verblieben also theoretisch im vorgegebenen ökonomistischen Rahmen. Diese Ökonomisierung bedeutet zugleich eine schleichende Entpolitisierung.

5. Abschied von Illusionen

Wir können das beklagen. Doch es gibt kein Zurück in die siebziger Jahre mehr. Denn wer kann heute noch ernsthaft leugnen, dass zwei damals scheinbar sichere Orientierungen verloren gegangen sind: *Erstens* ist uns die theoretische Sicherheit abhanden gekommen, in der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie den passenden Schlüssel zum Verständnis der globalen kapitalistischen Gesellschaft gefunden zu haben, Gesellschaftstheorie also mit marxistischer Gesellschaftskritik in eins setzen zu können. Und *zweitens* hat sich die geschichtsphilosophische Sicherheit eines dualistischen Weltbildes aufgelöst, wonach der

Sozialismus die einzige historische Alternative zum Kapitalismus sei - "Sozialismus oder Barbarei" hieß das einmal.

Ich finde den Verlust dieser irrlichternden Orientierungen nicht übermäßig bedauerlich. Mit ihnen ist das Pathos, der selbst gerechte Entlarvungsgestus und der autoritäre Dogmatismus der radikalen Linken entweder verschwunden oder zur lächerlichen Pose erstarrt. Es können jetzt unbefangener und mit weniger historischem Ballast schon lange virulente Fragen neu gestellt werden, etwa

- die Frage nach den Ursachen der bürokratischen und totalitären Pervertierung einstmals freiheitlich-revolutionärer Bewegungen und nach den Ursachen des Stalinismus und der so schmählich gescheiterten staatssozialistischen Experimente;

- die Frage nach adäquaten gesellschaftstheoretischen Begründungen einer linken Politik, die sich nicht nur als Sachwalter ökonomischer Sachzwänge und wohlfahrtsstaatlicher Konsensbeschaffung versteht;

- die inzwischen immer aktueller werdende Frage nach der inneren Vereinbarkeit von Demokratie, kapitalistischer Marktwirtschaft und ökologisch nachhaltiger Entwicklung.

Auch nach dem Verlust des marxistischen Universalismus und der sozialistischen Utopien scheint es mir immer noch sinnvoll, die Universität sowohl als Ort der Wissenschaft als auch als Ort der Politik anzusehen - als Produktionsstätte und als demokratische Republik. Die Verbindung beider Vorstellungen ist allerdings nicht mehr so einfach wie in den sechziger und siebziger Jahren. Politik an der Universität bedeutet auch heute noch, sich mit den Bedingungen der Wissens-Produktion aktiv auseinander zu setzen und zu versuchen, diese Bedingungen im öffentlichen Konflikt von Interessen sowie unter den Bedingungen von Macht und Konsensbedarf demokratisch zu gestalten.

Der Wechsel zu einer ökonomistischen Semantik führt dazu, dass Politik an der Universität ideologisch weniger aufgeladen wird. Eingepasst in das Regelwerk der Gremien und der neuen Leitungsstrukturen werden jetzt vorwiegend "Sachprobleme" kleingearbeitet. Mir ist unklar, ob so auch die jetzt begonnene Einpassung der Universität in marktförmige Regulierungsmechanismen möglich ist. Die Universität nimmt derzeit unter äußerem Anpassungsdruck und innerem Problemdruck eine neue Gestalt an. Wie sich diese zerklüftete Einrichtung noch als politisches Gemeinwesen entwerfen kann, und so etwas wie einen Gesamtwillen auszubilden vermag, das ist mir rätselhaft. Die neoklassische Vorstellung, durch nutzenorientiertes und interessenbezogenes Handeln in Märkten käme eine Gesamtrationalität zu Stande, lässt sich wohl kaum auf die Universität übertragen. Sie wird also wohl auch in der neuen ökonomischen Gestalt ein politischer Ort bleiben.

Die Metapher von der Universität als Produktionsstätte wird gerade wieder einmal umgeschrieben - jetzt im Kontext der Globalisierungsdebatte. In den USA spricht man von einer *knowledge industry*, zu der zumindest die avancierten wissenschaftlichen Bereiche der Universität zählen. Auf fast jedem Parteikongress kann man hören, Wissen sei heute der wichtigste Rohstoff. Wir brauchen also nicht mehr - wie noch in den sechziger Jahren - die Vorstellung von Universität als Produktionsstätte zu propagieren. Sie ist inzwischen in verflachter Form zum Gemeingut geworden: Die Universität wird zum modernen Dienstleistungsbetrieb umgestaltet. Betriebe gehören aber zu den Einrichtungen in der Gesellschaft, die ein starkes und kluges Management benötigen, in denen effektiv gearbeitet werden muss und die sich den Weltmarktbedingungen anpassen müssen. Seit 1989 gilt es fast als Gemeinpruch, dass Demokratie nicht in den Betrieb gehört. Man kann dann leicht schlussfolgern: Demokratie gehört auch nicht in die Universität. Die andere Vorstellung, die von einer Universität als demokratisch-republikanischer Ort hat derzeit keine Konjunktur und

wirkt auch kaum noch als Korrektiv. Lässt sie sich wiederbeleben?

Die Professorenschaft kann wohl in ihrer Mehrheit ganz gut damit leben, wenn die ineffiziente Partizipationsdemokratie durch ein effizienteres Management ersetzt wird - solange ihre Privilegien erhalten bleiben. Und die Studenten? Wenn die Universität zum Dienstleistungsunternehmen umdefiniert wird, dann werden die Studenten zu Kunden, die Dienstleistungen annehmen oder verweigern können. Wie lässt sich aber dann die studentische Partizipation an den politischen Entscheidungsprozessen der Universität überhaupt noch begründen?

Konsumenten-Demokratie ist etwas anderes als Produzenten-Demokratie. Die Produzenten können sich verweigern, sie können zwischen Angeboten wählen, nicht bei Esso tanken, sondern bei Aral. Die Studenten können die Universität boykottieren, aber nicht mehr bestreiken. Wenn die schleichende Umdefinition von Produzenten zu Konsumenten von den Studenten mehrheitlich akzeptiert wird, dann hat das weitreichende Folgen: Konsumenten müssen für die empfangenen Leistungen auch zahlen. Die Debatte über Studiengebühren wird derzeit noch vorwiegend mit sozialpolitischen Argumenten geführt, das kann sich aber bald ändern.

Ich weiß nicht, ob es in den nächsten Jahren wenigstens einer aktiven Minderheit unter den Studenten gelingt, sich wieder stärker als Produzenten zu begreifen. Dann könnten sie, statt mehr Sitze in Gremien zu verlangen, in denen nur in einem sehr eingeschränkten Sinne Demokratie praktiziert wird, mehr Beteiligung an der Forschung einfordern. Ihr politisches Ziel wäre dann, in den Forschungsbetrieb hineinzukommen und nicht in die Gremien. Das wäre eine spannende Entwicklung: Die Fortsetzung der Wissenschaft als Politik bekäme dann eine neue Gestalt. Die Frage, wer zu den Bürgern der akademischen Republik gehört, könnte dann erneut auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Eine persönliche Schlussbemerkung

Vermutlich habe ich mit der Ankündigung einer Abschiedsvorlesung über "Politik an der Universität" falsche Erwartungen erweckt. Zunächst dachte ich, das Thema ließe sich relativ einfach bearbeiten, weil es ganz eng mit meiner Biografie verwoben ist, weil ich dazu schon viel gesagt und geschrieben habe - und weil man sich bei einer Abschiedsvorlesung ohne Scheu selbst zitieren darf. Doch je länger ich nachdachte, umso schwieriger wurde es. Unter der Hand, hätte ich dann statt einer Abschiedsvorlesung beinahe ein langfristiges Forschungsprogramm und eine neue hochschulpolitische Konzeption entworfen. Doch das wäre dann eher einer Antrittsvorlesung angemessen gewesen als einem Abschied.

Was sollte ich also tun? Ich bin dem guten Rat des alten Bertolt Brecht gefolgt, habe einige Vorschläge gemacht und eine lange Liste offener Fragen aufgestellt. Aber das ist dann nicht mehr und nicht weniger als das, was ich schon immer getan habe.

[dokument info]

Copyright © Frankfurter Rundschau 2000

Dokument erstellt am 11.02.2000 um 20.45 Uhr

Erscheinungsdatum 12.02.2000